

Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.05.2025

Sitzungsort: Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal,
Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

Beginn: 17:01 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

Anwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Abwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Sitzungsleiter: Herr Mroß
Schriftführer: 

Tagesordnung:

- | | | Drucksachen-
Nummer |
|------|--|------------------------|
| I. | Öffentlicher Teil | |
| 1. | Eröffnung und Begrüßung | |
| 2. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 3. | Dringliche Angelegenheiten | |
| 3.1. | Änderung der Besetzung der Fraktion Die Linke im Unterausschuss "Kindertageseinrichtungen"
BE: Herr Schröter, Mitglied des Jugendhilfeausschusses | 1402/25 |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 20.02.2025 | |
| 5. | Einwohnerfragestunde | |

6. Behandlung von Anfragen
- 6.1. Kindeswohlgefährdung: Wie viele Fälle der Kindeswohlgefährdung sind dem Jugendamt Erfurt in den letzten Jahren gemeldet worden?
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Wahl, Frau Wuttig und Herr Robeck
hinzugezogen:
Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend **0704/25**
- 6.2. Sachstand: Evaluierung und Digitalisierung Familienpass
Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Mroß
hinzugezogen:
Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend **0731/25**
- 6.3. Stillfreundliche Kommune
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Wuttig
hinzugezogen:
Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend **0836/25**
7. Behandlung von Entscheidungsvorlagen
- 7.1. Konzept und Zeitplan Integrierte Jugendhilfeplanung
BE: Leiter des Jugendamtes **1197/25**
- 7.1.1. Antrag des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses zur Drucksache 1197/25 - Konzept und Zeitplan Integrierte Jugendhilfeplanung **1452/25**
- 7.2. Ende des Modellprojekts "Vielfalt vor Ort begegnen – Professioneller Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen" zum 31.12.2025
BE: Frau Reißig Cajamarca, beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen:
Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend **1324/25**
8. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates
- 8.1. Ohne Hebammen keine stillfreundliche Kommune – Für die Schaffung einer Stillbeauftragten für Erfurt
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend **2084/24**

- | | | |
|--------|--|----------------|
| 8.1.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2084/24 - Ohne Hebammen keine stillfreundliche Kommune – Für die Schaffung einer Stillbeauftragten für Erfurt | 0101/25 |
| 8.2. | Aktionsplan Kinderarmut
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend;
Vertreter des Instituts für kommunale Planung und Entwicklung e. V. | 2524/24 |
| 8.3. | Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/ Kindertagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2025 bis 31. Juli 2026
BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen:
Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend;
alle Ortsteilbürgermeister/-innen | 0945/25 |
| 9. | Informationen | |
| 9.1. | Berichterstattung Verfahrenslotse
BE: Leiter des Jugendamtes | 1029/25 |
| 9.2. | Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: Leiter des Jugendamtes | |
| 9.3. | Sonstige Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit sowie alle Gäste. Sodann stellte er die form- und fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Sitzungsbeginn waren 13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Wie Herr Mroß bekannt gab, wurde die Mitarbeit der Gemeinsamen Elternvertretung im Jugendhilfeausschuss neu organisiert. Als beratende Mitglieder der verschiedenen Schularten hieß er folgende Vertreter willkommen:

Schulart	Mitglied	1. Stellvertreter
Förderschulen	Frau Sigrid Krech	
Grundschulen	Frau Marie-Luise Kanzler	
Gemeinschaftsschulen	Frau Silvia Mittmann	
Gesamtschulen	Frau Christin Kettner	Herr René Karl
Gymnasien	Herr Armin Däuwel	
Regelschulen	Frau Bernadette Ziegenhagen	

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung bedankte sich der Vorsitzende, Herr Mroß, bei Frau Langguth für ihr Erscheinen. Da der Oberbürgermeister im Jugendhilfeausschuss als beratendes Mitglied über kein Stimmrecht verfügt und somit bislang keine Stellvertretung entsandt wurde, sei es ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Ausschussmitgliedern, wenn im Verhinderungsfall ein anderer Beigeordneter an den Sitzungen teilnehme.

Im Rahmen der Vorstellung ihrer Person versicherte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit, Frau Langguth, dem Oberbürgermeister den Wunsch des Jugendhilfeausschusses zu übermitteln. Seit ihrem Amtsantritt am 01.03.2025 habe sie verschiedene Schnittstellen mit dem Jugendhilfebereich ausmachen können. Aufgrund der Anknüpfungspunkte betonte sie die gute Zusammenarbeit mit dem Dezernat für Soziales, Bildung und Jugend. Als zentrale Herausforderungen ihrer Amtszeit nannte Frau Langguth u. a. den Aktionsplan Wohnungslosigkeit und den Umgang mit Obdachlosigkeit.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lag ein schriftlicher Antrag zur Änderung der Tagesordnung vor.

Wie der Vorsitzende, Herr Mroß, mitteilte, wurde durch Herrn Schröter (Vertreter der Fraktion Die Linke) die zusätzliche Aufnahme der Drucksache 1402/25 – Änderung der Besetzung der Fraktion Die Linke im Unterausschuss „Kindertageseinrichtungen“ – beantragt. Da von Seiten der Ausschussmitglieder keine Begründung der Dringlichkeit gewünscht wurde, ließ Herr Mroß darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Somit wurde die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht. Die Drucksache wurde unter dem TOP 3.1 dringlich in die Tagesordnung aufgenommen.

Weiterhin informierte der Vorsitzende, Herr Mroß, über die Vertagung des TOP 8.1 – Ohne Hebammen keine stillfreundliche Kommune – Für die Schaffung einer Stillbeauftragten für Erfurt (Drucksache 2084/24 inklusive des Änderungsantrags in Drucksache 0101/25) – durch die einreichende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden wurden keine mündlichen Anträge gestellt. Die Abstimmung über die Tagesordnung in der geänderten Fassung erbrachte folgendes Ergebnis:

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0.

bestätigt mit Änderungen

3. Dringliche Angelegenheiten

- 3.1. Änderung der Besetzung der Fraktion Die Linke im Unterausschuss "Kindertageseinrichtungen" 1402/25
BE: Herr Schröter, Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Mangels Wortmeldungen wurde sofort über die Drucksache abgestimmt.

beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Besetzung des stimmberechtigten Mitglieds und der Stellvertreter der Fraktion Die Linke im Unterausschuss „Kindertageseinrichtungen“ wird wie folgt geändert:

Mitglied	1. Stellvertreter	2. Stellvertreter
alt: Frau Katja Maurer neu: Herr Björn Schröter	alt: Herr Paul Gruber neu: Frau Katja Maurer	alt: N.N. neu: Herr Paul Gruber

4. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 20.02.2025

Es lagen keine schriftlichen bzw. mündlichen Einwände vor.

genehmigt Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

5. Einwohnerfragestunde

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde meldete sich der Ortsteilbürgermeister Möbisburg-Rhoda, Herr Göpel, zu Wort und erkundigte sich nach den verwaltungsseitigen Maßnahmen gegen den Schimmelbefall im Evangelischen Dionysius Kindergarten sowie die baulichen Mängel des Jugendclubs im Bürgerhaus. Nach Aussage des Ortsteilbürgermeisters sei dem Amt für Gebäudemanagement der Status quo seit November 2024 bekannt.

Der Leiter des Jugendamtes, Herr Trier, erklärte, dass ihm der Vorfall nicht bekannt sei, sagte aber eine verwaltungsinterne Prüfung und ein persönliches Gespräch mit dem Ortsteilbürgermeister, dem Träger der Einrichtung und der Kindergartenleitung zu.

In der Folge regte der Vorsitzende, Herr Mroß, an, den Jugendhilfeausschuss im Nachgang über den Sachstand und das weitere Vorgehen zu informieren.

1. Welche Maßnahmen sind bezüglich der baulichen Schäden an Kita- sowie Jugendclubgebäude in Möbisburg-Rhoda seit der Mitteilung an das Amt für Gebäudemanagement im November 2024 ergriffen worden?
2. In welchem Zeitrahmen ist die Ursachenfindung bzw. dauerhafte Beseitigung des Schimmelbefalls im Kindergarten Möbisburg-Rhoda geplant?
3. Wann und wie können die baulichen Mängel im Jugendclub behoben werden, um diesen wieder als solchen nutzen zu können?

Die Beantwortung der zu Protokoll genommenen Fragen werden den Ausschussmitgliedern mit der Einladung zur Sitzung am 21.08.2025 zur Verfügung gestellt.

Weitere Redebeiträge lagen nicht vor.

6. Behandlung von Anfragen

- 6.1. Kindeswohlgefährdung: Wie viele Fälle der Kindeswohlgefährdung sind dem Jugendamt Erfurt in den letzten Jahren gemeldet worden? 0704/25**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Wahl, Frau Wuttig und Herr Robeck
hinzugezogen:
Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Die Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Greim, hinterfragte, ob in Anbetracht des signifikanten Anstiegs von latenten Kindeswohlgefährdungen im Zeitraum von 2019 bis 2024 und der Zunahme des Hilfebedarfs die Kapazitäten der Pflege- und Inobhutnahme-Stellen ausreichen.

Der zuständige Mitarbeiter des Jugendamtes stimmte der Aussage der Vorrednerin zu, dass es einen Anstieg der Fallzahlen gegeben habe. Ob es eine Zunahme in absoluten Zahlen darstelle oder der Aufwuchs von einem funktionierenden Meldesystem zeuge, ließe sich nicht abschließend beurteilen. Die Plätze in den Inobhutnahme-Stellen werden aus Sicht des Fachamtes als ausreichend eingeschätzt. Nur in Ausnahmefällen geraten die Einrichtungen an ihre Kapazitätsgrenzen.

Ergänzend verwies der zuständige Abteilungsleiter des Jugendamtes auf die Herausforderungen in Bezug auf die Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien, insbesondere bei der Gewinnung von Pflegeeltern.

Auf die Nachfrage von Frau Zang (Vertreterin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hinsichtlich einer weitergehenden Analyse der Fallzahlen, wurde durch den zuständigen Mitarbeiter des Jugendamtes eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Drucksache 1457/25	<p>Im Rahmen der Analyse der Fallzahlenstatistik wurde auf Nachfrage von Frau Zang (Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) um Ergänzung folgender Indikatoren gebeten:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Einschätzung mit dem Ergebnis einer akuten Kindeswohlgefährdung, aber Ablehnung der Hilfs-/Unterstützungsangebote – Einschätzung mit dem Ergebnis einer latenten Kindeswohlgefährdung, aber Ablehnung der Hilfs-/Unterstützungsangebote – Einschätzung mit dem Ergebnis keiner Kindeswohlgefährdung, aber Hilfe-/Unterstützungsbedarf und Ablehnung entsprechender Angebote <p>V: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend T: 21.08.2025</p>
-------------------------------	---

Mit Blick auf die statistischen Daten erinnerte die Vertreterin der Fraktion CDU, Frau Fischer, an die Festlegung aus der vergangenen Wahlperiode zur jährlichen Berichterstattung zum Thema Kindeswohlgefährdungen.

Abschließend bedankte sich der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, bei den Mitarbeitern des Allgemeinen Sozialdienstes für ihre Arbeitsleistung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in der Landeshauptstadt. Ferner sei dem Thema im Zuge der Begleitung des Jugendhilfeplanes Hilfen zur Erziehung mehr Raum zu geben.

Diesbezüglich wurde einvernehmlich folgende Festlegung zu Protokoll genommen:

Drucksache 1455/25	<p>Entsprechend der Drucksache 1644/21 wird die Berichterstattung hinsichtlich der Fallzahlen, präventiven Maßnahmen sowie der verwaltungsseitig festgestellten Entwicklungen im Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdungen fortgeschrieben.</p> <p>Weiterführend sind auf die jährlichen und artspezifischen Zahlen von Kindeswohlgefährdungen in den einzelnen Altersgruppen, das Zusammenwirken des Jugendamtes mit Kinder- und Jugendschutzdiensten sowie auf den quantitativen Unterstützungsbedarf bzw. die Inanspruchnahme von fallbezogenen Hilfsangeboten einzugehen.</p> <p>V: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend T: März-Sitzung im Jahr 2026 (erstmalig)</p>
-------------------------------	--

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

zur Kenntnis genommen

6.2. Sachstand: Evaluierung und Digitalisierung Familienpass 0731/25
Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Mroß
hinzugezogen:
Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Der Vorsitzende, Herr Mroß, äußerte Unverständnis über den in der Beantwortung zum Ausdruck gebrachten Umsetzungsstand, wenngleich andere Projekte wie die Einführung des Seniorenpasses jenseits eines Stadtratsbeschlusses verwaltungsintern priorisiert würden. Mit dem Ziel einer zügigen Digitalisierung des Familienpasses seien die Finanzmittel im Nachtragshaushalt 2025 auf Initiative seiner Fraktion mehr als verdoppelt worden.

Hinsichtlich der für den Familienpass ausgeschriebenen Personalstelle erkundigte sich Frau Paton (Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt), ob in der Zwischenzeit ein neuer Sachstand vorliege.

Die Stelle zur Bearbeitung des Familienpasses und der amtsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit wurde zum 01.05. neubesetzt, teilte Herr Trier (Leiter des Jugendamtes) mit. Angesichts der Einarbeitungszeit der Mitarbeiterin und im Hinblick auf das geplante Modellprojekt eines digitalen Familienpasses werde eine Übertragung der Haushaltsmittel in das Jahr 2026 angestrebt. Perspektivisch soll mit der Implementierung einer Familien-App weitere zielgruppenspezifische Leistungen und Angebote gebündelt werden.

Mit dem Beschluss zur Drucksache 0849/23 habe er die Erwartungshaltung verbunden, dass der Evaluations- und Beteiligungsprozess zur Ermittlung einer bedarfsorientierten Angebotsstruktur bereits begonnen habe, so der Vorsitzende weiter.

Herr Trier (Leiter des Jugendamtes) bedauerte die verzögerte Weiterentwicklung des Familienpasses aufgrund der Dauer der Stellenbesetzung. Dennoch sei eine Angebotserweiterung mit mehreren Anbietern auf der Grundlage abzuschließender Leistungsverträge geplant. Die bereits erfolgte Erhöhung der Finanzmittel sei hierbei von Vorteil.

Im Ergebnis der Diskussion legte der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, Folgendes fest:

Drucksache 1464/25	Im Hinblick auf die Beschlussumsetzung zur Drucksache 0849/23 ist den Ausschussmitgliedern ein aktueller Sachstandsbericht zur Evaluation des Familienpasses, des Einsatzes von Haushaltsmitteln, der Prüfung des Angebotsumfangs sowie digitaler Formate vorzulegen. Dabei ist auch auf die zeitliche Einordnung der Projektschritte einzugehen. V: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend T: 21.08.2025
-------------------------------	--

zur Kenntnis genommen

- 6.3. Stillfreundliche Kommune**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Wuttig
hinzugezogen:
Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

0836/25

Die Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Wuttig, zeigte sich mit der Beantwortung zur Frage 1 unzufrieden. Nach ihrer Ansicht besteht bei Müttern mit einem geringen sozialökonomischen Status ein höherer Beratungsbedarf, da diese mit hoher Wahrscheinlichkeit über einen schlechteren Gesundheitszustand verfügen, eine geringere Lebenserwartung haben, eine hohe Kinder- bzw. Müttersterblichkeit aufweisen und auch seltener sowie kürzer stillen.

Der zuständige Abteilungsleiter des Jugendamtes erklärte, dass dies nicht im Widerspruch zur Antwort stehe. Wenn es die Lebenssituation erfordert, werde ein erhöhter Beratungsbedarf angeboten. Die Frühen Hilfen stehen allen Familienformen, ungeachtet ihrer Herkunft und ihres Einkommens offen. Dabei sei klarzustellen, dass die Angebote nach § 16 SGB VIII auf Freiwilligkeit beruhen. Es gäbe aber nur wenige Eltern, beispielsweise mit entsprechenden Vorkenntnissen, die die Hilfe explizit nicht wünschen.

Frau Karger (Vertreterin der Fraktion CDU) betonte, dass die Frühen Hilfen seit ihrer Einführung vor über 10 Jahren die angesprochene Zielgruppe mit offenen und niedrigschwelligen Angeboten erreichen. Gemäß ihren Erfahrungen sei es den Mitarbeitern des Jugendamtes zuzutrauen, dass sie die Notwendigkeit eines erhöhten Beratungsbedarfs erkennen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

zur Kenntnis genommen

7. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 7.1. Konzept und Zeitplan Integrierte Jugendhilfeplanung**
BE: Leiter des Jugendamtes

1197/25

Wie der Vorsitzende, Herr Mroß, informierte, lag mit der Drucksache 1452/25 ein von ihm kurzfristig eingereichter Antrag vor, der den Beschlussvorschlag vollständig ersetzt. Bevor er hierzu sprach, übergab er das Wort an den zuständigen Vertreter des Jugendamtes, der die Konzeption und den Zeitplan der integrierten Jugendhilfeplanung vorstellte.

Der Vertreter des Jugendamtes nahm in seinen Ausführungen auf die inhaltlichen Themenschwerpunkte und die geplante Zusammensetzung des Gremiums Bezug. Weiterhin erläuterte er die Vorteile eines synchronisierten Planungsprozesses mit Blick auf die Beteiligung, Effizienz und Sozialraumorientierung. Aus Sicht des Jugendamtes sei die Zeitplanung und die Gremiengröße herausfordernd, aber mit Blick auf qualitative und fachliche Ausgestaltung einer integrierten Jugendhilfeplanung erforderlich.

Herr Mroß (Ausschussvorsitzender) bedankte sich für die Ausarbeitung des Konzeptes und befürwortete die stärkere Einbindung von Eltern- und Schülervertretungen. Allerdings bliebe offen, wie einzelne Planungsschritte in konkreten Formaten und Beteiligungsprojekten vertieft sowie welche neuen Diskussionsräume geschaffen werden sollen. Seinen Änderungsantrag aufgreifend bekräftigte der Vorsitzende, dass es nun Klarheit über die Erarbeitung eines gemeinsamen Jugendhilfeplanes gebe, aber letztlich dem Jugendhilfeausschuss die Entscheidung obliege, wie viele Unterausschüsse hierfür benötigt werden. Erst nach dem Abschluss der Vorbereitungsphase auf Basis eines tragfähigen Konzeptes könne die Entscheidung fundiert getroffen werden.

Angesichts der Zielrichtung des Ursprungsbeschlusses, der Zeitintensität und der Sitzungspause im Sommer hinterfragte Frau Paton (Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt) die grundlegende Überarbeitung des Konzeptes mittels mehrerer Workshops.

Der Änderungsantrag des Vorsitzenden wurde inhaltlich von Herrn Fuchs (Vertreter des Stadtjugendrings Erfurt) unterstützt. Insbesondere im Falle nur eines Unterausschusses entstehe für die Fraktionen und Träger die Schwierigkeit, jedes Themenfeld der Jugendhilfe mit entsprechender fachpolitischer Expertise abzudecken.

In der anschließenden Debatte, an der sich Herr Schröter (Vertreter der Fraktion Die Linke), Frau Paton (Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt), Frau Karger (Fraktion CDU), Herr Mroß (Ausschussvorsitzender) und der zuständige Mitarbeiter des Jugendamtes beteiligten, wurde die Unterausschuss-Struktur im Hinblick auf die Umsetzbarkeit der möglichen Varianten aus Sicht der Verwaltung, Politik und freien Träger analysiert.

Nach Ansicht von Frau Trautwein (Vertreterin der Arbeiterwohlfahrt) trage die bisherige Variante von vier Unterausschüssen den gesellschaftlichen Entwicklungen nicht mehr hinreichend Rechnung. Mit einer zeitgemäßen und flexiblen Struktur könne zum einen die Fachlichkeit bewahrt, zum anderen der Verknüpfungsmangel geheilt und in einen offenen Arbeitsprozess eingetreten werden. Aus diesem Grund sprach sie sich dafür aus, an dem Vorhaben einen mitgliederstarken Unterausschuss zu gründen, festzuhalten.

Herr Uhlig (Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) beantragte die Streichung des Beschlusspunktes 03 im Änderungsantrag, da dieser den vorgeschlagenen Workshops vorgreife. Diesem Vorschlag stand der Vorsitzende, Herr Mroß, aufgrund der Entwicklung möglicher Planungsalternativen ablehnend gegenüber. Der Anregung des Jugendamtes, das Konzept in der September-Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorzulegen, stimmte er zu und übernahm dies als Einreicher des Änderungsantrags.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, wurde zunächst über den Antrag von Herrn Uhlig auf Streichung des Beschlusspunktes 03 in der Drucksache 1452/25 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	2
Nein-Stimmen	8
Enthaltungen	2

Die erforderliche Mehrheit wurde nicht erreicht. Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Sodann war über die Drucksache 1197/25 in Fassung des Antrags des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses in Drucksache 1452/25 und der mündlichen Änderung im Beschlusspunkt 05 (Änderung des Zeitpunktes von August auf September) abzustimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 8 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss

01

Der Jugendhilfeausschuss nimmt das vorliegende Konzept der Integrierten Jugendhilfeplanung zur Kenntnis, bedankt sich für die Bearbeitung und begrüßt ausdrücklich die Ausrichtung auf eine Integrierte Jugendhilfeplanung.

02

Der Jugendhilfeausschuss stellt fest, dass mit der neuen Ausrichtung konzeptionelle Überarbeitungen hinsichtlich inhaltlicher Schwerpunkte, dem sozialräumlichen Bezug, neuer Beteiligungsformen sowie der Festlegung einer bedarfsgerechten fachlichen Begleitstruktur durch Unterausschüsse notwendig sind.

03

Das Jugendamt wird daher beauftragt, das Konzept unter folgenden Gesichtspunkten zu überarbeiten:

- Festhalten erster (zu prüfender) inhaltlicher Schwerpunkte
- Stärkung und Konkretisierung des sozialräumlichen Bezugs (inhaltlich, wie auch in den Erarbeitungs- und Beteiligungsstrukturen)
- Ausbau und Konkretisierung der Beteiligungsformate/ Beteiligungskonzepts
- Ausbau und Schaffung fachlicher Diskursräume
- Stärkung der fachlichen Tiefe der unterschiedlichen Bereiche Hilfen zur Erziehung, Jugendförderung, Familienförderung durch Unterausschüsse
- Schärfung der Begleitstruktur durch mehrere Unterausschüsse
- Fachliche Begleitung der laufenden Förderpläne und des neuen Integrierten Jugendhilfeplans
- Stärkung des Jugendhilfeausschusses in seiner bündelnden und zusammenführenden Rolle als Diskussionsraums

04

Das Jugendamt wird beauftragt hierzu einen oder mehrere offene Workshops (u.a. mit den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses sowie bisherigen Unterausschüssen) zu veranstalten.

05

Das angepasste Konzept wird anschließend dem Jugendhilfeausschuss im September zum Beschluss vorgelegt.

- 7.1.1. **Antrag des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses zur Drucksache 1197/25 - Konzept und Zeitplan Integrierte Jugendhilfeplanung** 1452/25

siehe Tagesordnungspunkt 7.1

bestätigt mit Änderungen

- 7.2. **Ende des Modellprojekts "Vielfalt vor Ort begegnen – Professioneller Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen" zum 31.12.2025** 1324/25
BE: Frau Reißig Cajamarca, beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen:
Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Zunächst wies der Vorsitzende, Herr Mroß, auf die Stellungnahme der Stadtverwaltung hin, die als Tischvorlage auslag. Weiterhin teilte er mit, dass der Stadtelternbeirat das Rederecht für die Leiterin des Kindergartens „Am Fuchsgrund“ beantragt hat. Das Rederecht wurde ohne Widerspruch erteilt. Sodann übergab der Vorsitzende ihr das Wort.

Die Leiterin des Kindergartens „Am Fuchsgrund“ klärte die Anwesenden über die Ziele und Erfahrungen mit dem Modellprojekt des Landes "Vielfalt vor Ort begegnen – Professioneller Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen" auf. Das Personal in den Einrichtungen soll in die Lage versetzt werden, Vielfalt zu stärken und Barrieren abzubauen. Da die Diversität stetig ansteige und der Anteil an Kindern mit besonderen Bedarfen zunehme, appellierte sie an die politischen Akteure, sich für eine Fortsetzung des Programms bzw. mögliche Anschlussfinanzierungen einzusetzen.

Diesbezüglich informierte Herr Trier (Leiter des Jugendamtes), dass die Anmeldung entsprechender Eigenmittel im Vorfeld der Haushaltsplanung erfolgt sei. Aus fachlicher Sicht sei die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen im Sinne einer gezielten Stärkung der Fachberatung und verbesserten Qualität in der Kindertagesbetreuung weiterhin geboten. Die Stadtverwaltung könne die personellen und sächlichen Ressourcen jedoch nur aufrechterhalten, wenn die Finanzierung aus Landesmitteln fortgeführt werde.

Sollte der Jugendhilfeausschuss und der Stadtrat dem Antrag folgen, kündigte Herr Mroß (Ausschussvorsitzender) an, ein entsprechendes Ersuchen beim Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zu unterstützen. Nach seinem Kenntnisstand ist eine Berücksichtigung des Projektes im kommenden Landeshaushalt derzeit nicht vorgesehen. Deshalb sei öffentlichkeitswirksam auf die Bedeutung des Projektes und der Finanzmittel für die Angebotsstruktur in den Kindergärten hinzuweisen.

Das Ansinnen wurde in den anschließenden Wortmeldungen von Frau Paton (Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt), Frau Karger (Vertreterin der Fraktion CDU) und Frau Wicklein (Vertreterin des Stadtelternbeirates Kita) befürwortet. Letztere bekräftigte die Forderung nach einer Übergangsfinanzierung durch die Kommune. Das Land lasse das hierfür befristet eingestellte Personal über den Fortgang des Modellprojektes im Unklaren.

Weitere Wortbeiträge bzw. Anträge blieben aus, sodass der Vorsitzende, Herr Mroß, die Drucksache zur Abstimmung stellte.

beschlossen Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Dem Stadtrat wird folgender Beschlusspunkt zur Entscheidung vorgelegt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich auf Landesebene intensiv für die Fortführung des Projektes „Vielfalt vor Ort begegnen – Professioneller Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen“ stark zu machen. Darüber hinaus soll er sich dafür einsetzen, dass eine Übergangsfinanzierung oder eine Fortführung des Projektes auf kommunaler Ebene nach dem 31.12.2025 gewährleistet wird.

8. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

- 8.1. Ohne Hebammen keine stillfreundliche Kommune – Für die Schaffung einer Stillbeauftragten für Erfurt** **2084/24**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen:
Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

siehe Tagesordnungspunkt 2

vertagt

- 8.1.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2084/24 - Ohne Hebammen keine stillfreundliche Kommune – Für die Schaffung einer Stillbeauftragten für Erfurt** **0101/25**

siehe Tagesordnungspunkt 2

vertagt

- 8.2. Aktionsplan Kinderarmut** **2524/24**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen:
Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend;
Vertreter des Instituts für kommunale Planung und Entwicklung e. V.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, begrüßte die Vertreterin des Instituts für kommunale Planung und Entwicklung e. V. (kurz: IKPE) zur planmäßigen Vorstellung der Arbeitsergebnisse im Rahmen der Präventionsketten und ließ im Folgenden über das Rederecht abstimmen. Dieses wurde ohne Widerspruch erteilt.

Sodann wurde das Wort an Herrn Trier (Leiter des Jugendamtes) übergeben. Bezüglich der ersten gemeinsamen Arbeitsschritte betonte er den Mehrwert der Kooperation zwischen der Landeshauptstadt und dem IKPE. Im Zuge der Drucksache 2524/24 wurde die Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Stadtverwaltung und des IKPE, ins Leben gerufen, die das Themenfeld „Kinderarmut“ unter wissenschaftlicher Begleitung beleuchtet.

Anhand einer Bildschirmpräsentation¹ veranschaulichte die Vertreterin des IKPE das Programm der Thüringer Präventionsketten und informierte über den Einstieg in den kommunalen Prozess zur Armutsfolgenbekämpfung. Vertiefend führte sie die Ausschussmitglieder in die ersten Schritte der „Erfurter Präventionsketten“ ein. Anfang des Jahres wurde mit der Bildung einer Arbeitsgruppe mit Vertretern aus den Ämtern des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend und dem IKPE in die Gremienarbeit eingestiegen. In der Folge wurden die gemeinsame Arbeitsweise strukturiert sowie erste Meilensteine formuliert. Nach dem Abschluss der Bestandsanalyse sollen Anfang des IV. Quartals den zuständigen Ausschüssen erste Ableitungen zu Herausforderungen und Entwicklungsbedarfen des Angebotssystems vorgelegt werden.

Frau Wuttig (Vertreterin der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN) bedankte sich für den umfassenden Vortrag zum weiteren Vorgehen in der Sache. In diesem Zusammenhang bemängelte sie, dass die verwaltungsseitigen Bestrebungen zum Thema Präventionsketten in der Stellungnahme zur Drucksache 2524/24 keine Erwähnung fanden. Des Weiteren beantragte sie die Vertagung der Drucksache gemäß dem Vorschlag der Vertreterin des IKPE.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf bestand, wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden, Herrn Mroß, einvernehmlich folgende Festlegung zu Protokoll genommen:

Drucksache 1465/25	<p>Der Jugendhilfeausschuss ist über den Prozess der Arbeitsgruppe im Rahmen des Programms Thüringer Präventionsketten fortlaufend zu informieren. Im IV. Quartal erfolgt die Vorstellung eines Zwischenstandes durch die Vertreter des Instituts für kommunale Planung und Entwicklung e.V. unter Bezugnahme auf Empfehlungen zum weiteren Vorgehen mit der Drucksache 2524/24.</p> <p>V: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend T: 13.11.2025</p>
-------------------------------	--

vertagt

¹ Die Präsentation liegt der öffentlichen Niederschrift als Anlage 1 bei.

Weitere Wortmeldungen oder Nachfragen lagen nicht vor.

zur Kenntnis genommen

**9.2. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: Leiter des Jugendamtes**

Der Leiter des Jugendamtes, Herr Trier, setzte die Anwesenden über den in der Stadtratsitzung am 07.05.2025 gefassten Beschluss zur Drucksache 0868/25 – Wahl der Stellvertreter des stimmberechtigten Mitgliedes der Arbeiterwohlfahrt in den Jugendhilfeausschuss – in Kenntnis. Für das stimmberechtigte Mitglied der Arbeiterwohlfahrt, Frau Miriam Trautwein, wurden Frau Melanie Morawa als 1. Stellvertreterin und Herr Volker Weißbach als 2. Stellvertreter in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Nachfragen gab es nicht.

9.3. Sonstige Informationen

Da keine sonstigen Informationen vorlagen, beendete der Vorsitzende, Herr Mroß, die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Mroß
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer